



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1908

52 (31.1.1908) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-332068](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-332068)

General-Anzeiger



Abonnement:

(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

Telegraphen-Adresse:

„Journal Mannheim“

Telefon-Nummern:

Direktion u. Buchhaltung 1449

Drucker-Bureau (An-

nahme-Druckarbeiten) 541

Redaktion 577

Expedition und Verlags-

buchhandlung 218

Badische Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Täglich 2 Ausgaben
(ausgenommen Sonntag)

Eigene Redaktionsbüros
in Berlin und Karlsruhe.

Gelesenste und verbreitetste Zeitung
in Mannheim und Umgebung.

Schluss der Inseraten-Nachnahme für das Morgenblatt Morgens 4 1/2 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Nr. 52.

Freitag, 31. Januar 1908.

(Abendblatt.)

Konservative Steuertheoretiker und die Belastung des Tabaks.

Von geschätzter Seite wird der „Nat. Abk. Korresp.“ geschrieben:

Die „Konservative Korrespondenz“ brachte neulich einen Auszug aus einer Rede, die der Reichstagsabgeordnete Graf v. Schwerin-Rönigk im konservativen Verein zu Anklam gehalten hatte. Der Redner operierte darin mit dem bekannten, bis zum Ueberdruß oft gehörten und mißbrauchten Zahlenmaterial der Steuertheoretiker, die aus der willkürlichen Gegenüberstellung von Zahlen über die Erträge gewisser indirekter Steuern in verschiedenen Ländern den Nachweis erbringen wollen, daß Deutschland noch nicht genügend mit indirekten Steuern beglückt sei. Es wird von ihnen dabei geflüstert, unterlassen, darauf hinzuweisen, wie gewaltig viel größer in Deutschland gegenüber dem Auslande der Kreis der Leute ist, die in den betreffenden Erwerbszweigen ihren Lebensunterhalt finden, und welche bedeutende Summen an Steuern, Eisenbahn- und Post-Einnahmen usw. für Reich und Staat diese Erwerbszweige außer den direkten Reichs-Steuern noch liefern.

Der Graf Schwerin hob nach der „Konservativen Korrespondenz“ in seiner Anklam-Rede — ebenso wie später in seiner Reichstagsrede am 24. Januar — sehr richtig hervor, daß bei einem Preis von 2 1/2 Mark für den Zentner Rohgambur und einer Zuckerveryer von 7 Mark pro Zentner hier eine übertrieben hohe Belastung „von nicht weniger als 75 Prozent vom Wert des unversehrten Produktes“ vorliegt. Dem stellt er die Belastung des Tabaks mit „nur 17 Prozent“ entgegen.

Somit, Herr Graf! Um einen richtigen Vergleich zu ziehen, würde hier gegenüber dem Preis des Rohgamburs doch der Wert des in Deutschland jährlich zur Verarbeitung gelangenden Rohgamburs (des ausländischen exklusive Zoll und des inländischen exklusive Steuer) zugrunde zu legen sein, und wenn Herr Graf Schwerin sich an eine Wertberechnung dieses Rohgamburs-Quantums macht, so wird er zu dem für ihn selbst vielleicht überraschenden Resultat kommen, daß die rund 100 Millionen Mark, die das Deutsche Reich aus dem Tabakkonsum an Zoll, Tabak- und Zigaretten-Steuer im nächsten Etatsjahre voraussichtlich vereinnahmen wird, auch kaum hinter der von ihm beim Zucker als erorbitant hoch bezeichneten Belastungsziffer von 75 Prozent vom Werte des zur Verarbeitung gelangenden Rohmaterials zurückbleiben! Daß diesem Rohgamburswert im Verlauf des Fabrikationsprozesses in den verschiedenen Stadien der Tabakindustrie dann bis zum Stadium des konsumfähigen Fabrikats ungeheuer viel mehr Fabrikationskosten hinzutreten als bei der Weiterverarbeitung des Rohgamburs, ist ein volkswirtschaftlicher Vorzug der Tabakindustrie, die (ganz abgesehen von ihren Hilfsgebern) reichlich 100 Millionen Mark Arbeitslöhne an die von ihr beschäftigten 200 000 Arbeiter zur Auszahlung bringt. Daß diese Arbeiter aber von jeder Tabaksteuererhöhung sehr empfindlich direkt sowohl als indirekt mit-

betroffen werden würden, wird auch Herr Graf Schwerin nicht bestreiten wollen, der im Anfang seiner Anklam-Rede nach dem Berichte der „Konservativen Korrespondenz“ selbst von der Tabaksteuer sagt, daß sie „den Konsumenten zwingen könnte, statt 10 Zigaretten nur 9 zu rauchen“. Nach Adam Riese würde dies aber allein schon einen Konsum-Rückgang von 10 Prozent, gleich einer Minderbeschäftigung von 20 000 Zigarettenarbeitern bedeuten. Die Arbeiterschaft wiederum hätte hierdurch doppelten Schaden, einmal dadurch, daß diese 20 000 Arbeiter (wir folgen hier ganz den Zahlen des Grafen Schwerin, in Wirklichkeit würde die Zahl sich als weit höher herausstellen!) drohlos werden und sodann dadurch, daß sie durch die Nachfrage nach Arbeit lohnendurchsetzend auf die Arbeitslöhne der übrigen 180 000 einwirken würden!

Es kann nicht oft genug wiederholt werden, daß erhöhte Reichseinnahmen aus dem Tabak sich nun einmal nicht ohne die schwerste Schädigung der Tabakindustrie erzielen lassen. Diese Ueberzeugung und die Einsicht, daß die Tabakindustrie, wie kaum eine zweite, eine Industrie des kleinen Mannes und des Mittelstandes ist, wird, so hoffen wir, in allen Parteien des Reichstages durchgedrungen sein bis zu demjenigen Tage, an dem das Schicksal der Tabakindustrie zur Entscheidung in der deutschen Volksvertretung stehen wird, und wir hoffen ferner, daß das hohe Haus dann der bedrohten deutschen Tabak-Industrie daselbe erfreuliche Bild allseitigen Wohlwollens zeigen wird, dessen sich in der Freitag-Sitzung des Reichstages die deutsche Zuckerindustrie zu erfreuen hätte.

Politische Uebersicht.

Mannheim, 31. Januar 1908.

Deutschland und Marokko.

Das Ergebnis der französischen Kammerdebatten über die Marokkofrage löst die „Deutsche Marokko-Korrespondenz“ dahin zusammen: Das Ergebnis der mediterränen Debatten, in denen sich die französische Kammer aus Anlaß der Jaurès'schen Interpellation mit der Marokkofrage beschäftigte, hat neben vieler Erregung auch eine wichtige Klärung gebracht, nämlich die, daß alles beim Alten bleibt. Frankreich denkt nicht daran, seine Truppen aus Marokko zurückzuziehen, es wird die Algecirasakte weiter in der bisherigen Weise einhalten, nämlich so, daß es Marokko allmählich unter seinen Einfluß bringt. Minister Bichon hat sich wieder einmal als Meister in der Kunst gezeigt, mit Hilfe der Sprache seine Gedanken zu verbalisieren. Auf die Frage Jaurès, welche Instruktionen dem General d'Amade erteilt seien, antwortete er, daß d'Amade die Instruktion habe, sich nicht in die inneren Angelegenheiten Marokkos zu mischen, keinen Unterschied zu machen zwischen den Stämmen, die ihn bekämpfen, fernerhin den französischen Truppen Achtung zu verschaffen und die Verhütung des Schusswaffenhandels herbeizuführen. Das ist eine Erklärung, die ein Parlament gern hört und die zu gar nichts verpflichtet. Aus den klugvollen Worten geht hervor, daß General d'Amade weiter Krieg führen wird — denn die französische

Politik sorgt dafür, daß es nicht an Stämmen fehlt, die ihn bekämpfen — und daß die französische Eroberung läßt sich allmählich und schrittweise vor sich gehen soll. Im Einklang mit den Intentionen des Ministers beschloß die französische Kammer, daß die Algecirasakte eingehalten und die Verteidigung der Rechte und Interessen Frankreichs in Marokko ohne Einmischung in die innere Politik des schierischen Reiches sicher gestellt werde. Ferner billigt die Kammer die Erklärung der Regierung und spricht dieser ihr Vertrauen aus, sie beschließt die Abfertigung einer Glückwunschsadresse der Nation an die in Afrika kämpfenden Offiziere und Mannschaften. Dieser mit großer Mehrheit gefaßte Beschluß zeigt, daß das französische Kabinett für seine Marokkopolitik in der Kammer eine sehr feste Stütze hat. Mit Zustimmung der Kammer wird die Algecirasakte französischerseits weiter wie bisher eingehalten, d. h. sie wird weiter verlegt werden. Das bedeutet, daß die deutschen Postanstalten, Konsularvertretungen, Handels- und Landwirtschaftsbetriebe in Marokko in absehbarer Zeit ihre Tätigkeit werden einstellen müssen. Will Deutschland dieser Entwicklung ohne jeden Widerstand zusehen?

Frauenforderungen zur Pensionsversicherung der Privatangestellten.

Man schreibt der „Sozialen Praxis“: Da nach dem Vorschlage des Hauptauschusses für staatliche Pensionsversicherung die Frauen relativ höhere Beiträge zur Pensionsversicherung zu zahlen hätten als die Männer, da aus ihren Beiträgen auch die Pension der Witwen und Waisen der letzteren besritten würden, sind verschiedene Vorschläge gemacht worden, um diese Ungleichheit zu beseitigen. Von den verbündeten kaufmännischen Vereinen für weibliche Angestellte (der Organisation der Sozialvereine) wird gefordert, daß die Ledigen von der Hinterbliebenenversicherung getrennt werde. Von anderer Seite, namentlich dem Versicherungs-techniker Dr. Diloo, wird verlangt, daß die Frauen entweder eine niedrigere Prämie leisten oder früher in den Genuß der Altersrente treten. Einen dritten Vorschlag macht der kaufmännische Verband für weibliche Angestellte, eine über das ganze Deutsche Reich verbreitete, 23 000 Mitglieder umfassende Organisation der Handlungsgehilfinnen. Die Trennung der Ledigen von der Hinterbliebenenversicherung lehnt der Verband ab, weil er die Heiratsmöglichkeit erschweren würde, die Zahlung geringerer Beiträge deswegen, weil dies einen Anreiz geben würde, Frauen in höherer Anzahl einzustellen und damit eine verstärkte Konkurrenz den männlichen Kollegen zu bereiten. Der Verband vertritt den Standpunkt der Berufssolidarität beider Geschlechter. Aus diesem Grunde stellt er als Äquivalent für die relativ höheren Beiträge der Frauen nachfolgende Forderungen auf:

1. Weibliche Versicherte unverheiratet, dann mit ihrer Versicherung etwa gemäß Paragr. 16 bis 21 des Unfallversicherungs-gesetzes behandelt; für Hinterbliebene der aufsteigenden Linie mied, falls sie vom Versicherten ganz oder teilweise unterhalten worden sind, bis zum Wegfalle der Bedürftigkeit eine Rente von insgesamt 20 Proz. des letzten Jahresarbeitsverdienstes gemäß; die hinter-

bliebenen Geldes, das sie gemeinsam mit dem Verstorbenen im Verlaufe der 25 Jahre „erarbeitet“ hat.

— Ein schlogertiger Leutnant. Bei einem Festessen, das in dem Hause eines Parzenis stattfand, war ein Offizier so ge- preßt worden, daß er den sehr gut gebräunten Ofen im Rücken hatte. Der Marschall erregte die Hitze so lange wie möglich; schließlich konnte er es jedoch nicht mehr aushalten und bat um einen Ofenschirm. Der Gastgeber, der es nicht vertragen konnte, wenn man bei ihm nicht alles tip top fand, ließ den Schirm holen. Monsieur Parzenis konnte aber die Bemerkung nicht unterdrücken: „Ich hätte gedacht, ein preußischer Offizier könne Feuer vertragen!“ Schlogertitz erwiderte der Leutnant: „Gewiß, Herr Kommerzienrat, aber nicht im Rücken!“

Beiträge zur Frauenfrage.

Auskunststelle für Frauenberufe

L. 12, 13 3. Stod.

Sprechstunde: Mittwochs von 10-11.

Aus den Memoiren der Kaiserin Katharina II.

beröfentlich Eugen Rabel-Berlin im Februar-Heft von Veibogen u. Aialings Monatsheften eine Fülle von bisher unbekannt gebliebenem Material. Sehr amüsan ist die Schilderung ihrer ersten Reise nach Petersburg und ihr offenes Urteil über ihren Gemahl. Als ihre Mutter, eine geborene Prinzessin von Holstein-Gottorp, im Februar 1744 mit der Tochter nach Petersburg kam, lernte sie eine Stadt kennen, die erst vierzig Jahre vorher von dem großen Reformator in den Stämpfen und Wäldern der Reformation durch einen übermenschlichen Gewaltakt begründet worden war. Von der Stadt, mit der uns die Welt jetzt entgegentritt, war damals noch nichts zu hören. Die Reise bot Schwierigkeiten, wie sie gegenwärtig kaum mit einer Expedition durch die Mongolei verbunden sind. Katharina kam dorthin mit einer Ausstattung, mit

Buntes Feuilleton.

— Der nervöse Bismard. Daß der Mann von Blut und Eisen reizbar war wie kaum einer seiner Zeitgenossen, ist bekannt. Wie sich diese Reizbarkeit, die nichts anders war als ein Rückschlag seiner unbändigen Laustast, gelegentlich äußerte, lesen wir bei Georg Lomer, Bismard im Jahre der Naturwissenschaften (Halle a. S., Marzhold). Oft, heißt es da, bei schwierigen Verhandlungen oder jenen politischen Utisios, wo es biegen oder brechen hieß, konnte sich die auf Widerstand stehende nervöse Energie des Reichsbaren fast am lebenden, wohl auch am toten Objekt entladen. Der österreichische Diplomat Beust, mit dem Bismard August 1871 in Gastein zusammenwohnte, hat um ein Gespräch überliefert, wo sich der damalige Kanzler selbst über diesen Charakterzug ausgesprochen hat. Was tun Sie, fragte Bismard einst, wenn Sie sich ärgern? Ich glaube, Sie ärgern sich nicht so viel wie ich. — Nun, versetzte Beust, doch über die Tugendheit der Menschen, über die Bosheit nie. — Bismard dagegen: Nein, finden Sie nicht, daß es dann eine Erleichterung ist, einen Gegenstand zu gerühren? — Wie gut, versetzte Beust, daß Sie nicht am meinem Nase sind, dann bliebe im Laufe kein Stid Möbel ganz! — Sehen Sie, schloß Bismard, ich war einmal drüben (er wies auf die Zimmer des Kaisers Wilhelm) und habe mich schwarz gedregert; ich schloße die Türe fertig, der Schlüssel bleibt mir in der Hand, ich trete bei Bedarf ein und werfe den Schlüssel in das Waschbecken, das in tausende Stücke geht. Mein Gott! sagt dieser, sind Sie krank? — Gewesen, jetzt bin ich wieder ganz wohl! — Soweit die Beust'sche Erzählung. Nach Busch spielte sich die Szene damals ab, als der König von Sachsen dem preussischen König die Einladung zum Frankfurter Fürstentag (1893) persönlich überbrachte und Bismard seinem Herrn unter Aufsichtung seines ganzen Ein-

flusses die Ablehnung dieser Einladung abrang. Damals lag der König auf dem Sofa und hatte Weintränke, und ich, heißt es, war . . . so schwach und matt, daß ich mich kaum auf den Beinen halten konnte. Als ich das Zimmer verließ, taumelte ich und war nervös so aufgeregt, daß ich beim Gehen der Türe zum Vorzimmer draußen die Klinke odriß. Der Adjutant vom Dienst fragte mich, ob ich unwohl sei. Nein, erwiderte ich, jetzt ist mir wieder wohl. — Uebrigens existiert noch eine dritte Wiedergabe des Anstiehs, und zwar bei Sobel, der folgendermaßen berichtet. Nachdem der König Wilhelm die schriftliche Einladung zum Fürstentag abgelehnt, kam König Johann von Sachsen persönlich. Als der König nach dieser Unterredung mit Bismard beriet, rief er aus: Dreißig Fürsten als Einladet, ein König als Kabinets- sekretär, wie kann man da ablehnen? Doch lägte sich auch in diesem schweren Kampf des Herzens der Vorstand des Königs schließlich Bismards Vorstellungen. Bismard selbst übergab die vom König geschriebene ablehnende Antwort versiegelt dem abreisenden Sachsen. In Bismards Innern kochte der Jora über die lange Spannung; als hinter dem Sachsen sich die Türe geschlossen, zer- schlug er einen auf dem Tisch stehenden Teiler mit Gläsern: Ich mußte etwas zerstören, sagte er, jetzt habe ich wieder Atem!

— Der Nachlaß eines Velleis. Im Sommer 1907 starb in St. Petersburg der infolge seiner beschwerlichen Lebensführung für arm gehaltene Italiener Velleis, ein Geigenbauer. Nach seinem Tode wurde in seinem Nachlaß ein Vermögen von etwa 200 000 Rubel gefunden. In diese Summe sind 48 000 Rubel in Wertpapieren einbezogen, die im Wandstrolch gefunden wurden. Der Schlüssel zu diesem Schatz wurde bei einer gewissen Frau Veruloma gefunden, die mit dem Verstorbenen 25 Jahre zusammen gelebt hatte. Im Namen der Barakowa reichte Rechtsanwalt Goldberg eine gerichtliche Forderung ein: auf die 48 000 Rubel, die der Klientin bezwungen gehörten, weil sie den Schlüssel zu dem Schatz bei sich hatte, und auf die Hälfte des

Die neuen (unehelichen) Kinder erhalten bis zum vollendeten 18. Lebensjahre je 20 Proz. des letzten Jahresarbeitsverdienstes bis zum Höchstbetrage von 60 Prozent.

2. Verheiratete sich die Privatbeamten, so werden die bisher gezahlten Beiträge nicht zurückgezahlt, sondern auf Antrag in eine beitragsfreie Altersversicherung umgewandelt. Bei später wieder eintretender Versicherungspflicht gilt die neue Versicherung als eine unmittelbare Fortsetzung der ersten Versicherung.

„Ich will kein Zentrumskaiser sein!“

Unter dieser Epithete schreibt der „Vager. Kur.“: „Nach der neuesten Nummer des „März“ hat der Kaiser den Auspruch, er wolle kein Zentrumskaiser sein, zum Fürsten Bismarck getan, worauf dieser es als seine erste Pflicht ansah, den Bruch mit dem Zentrum herbeizuführen.“

Deutsches Reich.

(Die Wochenchrift der Deutschen Vereinigung.) Die erste Nummer der von der Deutschen Vereinigung herausgegebenen Wochenchrift ist jetzt erschienen. Sie führt den Namen „Deutsche Wacht“ und wird in Bonn redigiert.

Koloniales.

Die Tätigkeit der Zentralauskunftsstelle für Auswanderer. schildert der Bericht für die Zeit vom 1. Oktober 1906 bis zum 30. September 1907, der sechsen dem Reichstag zugegangen ist. Auskünfte wurden in dem Berichtsjahre 7460 erteilt, gegen 3180 im Jahre 1906 und 2663 im Jahre 1905.

Badische Landwirtschaftskammer.

(Von unserem Karlsruhe Bureau.)

2. Sitzung.

Karlsruhe, 30. Januar.

(Schluß.)

Zu der Weinbaufrage machte zunächst Oekonomierat Württemberg die Bemerkung, daß die Regierung in der der sich in unseren Tagen keine Dame der guten Gesellschaft für eine schamlose Wadereife zufriedener geben würde. In ihren Köpfen befanden sich höchstens drei oder vier Rollen, die für das Leben an einem Hof ausreichen sollten, wo man gewohnt war, einen ostindischen Luxus zu genießen.

Anwendung des Anbauverbots für amerikanische Reben milde vorgehen sollte. Diese liefern einen ausgezeichneten Ausstrich und sollen darum in manchen Gegenden, wie z. B. im Margtal, gebauet werden. Herr Knopf besprach in einer längeren Rede zuerst die Schäden des Weinhandels; Verschnitt mit ausländischen Weinen und zu weitgehende Forderung.

Zu der Frage der Förderung des Getreibebaus brachte Landw.-Lehrer Viehauer einen Antrag ein: Das Groß- Ministerium zu bitten, die Förderung des Getreibebaus im ganzen Lande in Angriff zu nehmen und die notwendigen Maßnahmen hierzu zu treffen.

„Damit war die Besprechung des Vordrangs für die Landwirtschaft beendet.“

In dem nächsten Punkt der Tagesordnung: Hagelversicherung, ergriß zuerst Geh. Regierungsrat Reebe das Wort. Der zwischen der badischen Regierung und der Norddeutschen Hagelversicherung bestehende Vertrag laufe im nächsten Jahre ab.

Die übrigen Redner sprachen sich teils für, teils gegen den Antrag Stöckings aus, besonders Geh. Rat Salzer betonte, daß eine Befreiung durch das Monopol nicht erreicht werde und man den bisherigen Vertrag erneuern solle.

In der nun folgenden Abstimmung wurde der Antrag Stöckings abgelehnt, dagegen ein von Geh. Salzer eingebrachter Antrag angenommen: Die Regierung zu ersuchen, den Vertrag mit der norddeutschen Hagelversicherungsgesellschaft zu erneuern, die Prämien der Landwirte aber nicht höher als auf 90 Prozent festzusetzen und den Hagelversicherungsfonds durch staatliche Mittel wieder auf die notwendige Höhe zu bringen.

Damach wurde die Sitzung geschlossen.

Badischer Landtag.

(Von unserem Karlsruhe Bureau.)

2. Kammer. — 22. Sitzung.

Karlsruhe, 31. Jan.

Präsident Fehrenbach eröffnet 9 Uhr 15 Minuten die Sitzung.

Am Regierungstisch Staatsminister Freiherr v. Dutsch, Minister des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten Freiherr v. Marschall, Präsident des Fi-

und Adjunkten bis zu den Ministern, Jägern und Gärtnern eine Kompagnie, die er lärmend eingepargelte, während der Korridor seines Hauses als Wanktisch diente. Ein ebenso großes Bergnügen fand er darin, eine Meute Hunde durch die Zimmer zu jagen. Am übrigen war er, wie die Verfasserin der „Memoiren“ mit einer ihrer höchsten Wendungen sagt, „blüht wie ein Kanonenschuß“, indem er alles, was ihm durch den Kopf ging, dem ersten besten erzählte, ohne zu überlegen, mit wem er sprach.

Ein Palast der Königin Alexandra auf Korfu.

Wie aus Athen gemeldet wird, hat die englische Königin Alexandra ein großes Vermögen auf der Insel Korfu, genannt Peleto, erworben und will sich hier einen Palast bauen lassen. Peleto ist eine kleine Stadt der Insel, 1 1/2 Stunde Wegs von der Stadt Korfu entfernt.

finanzministeriums Geh. Rat von Selli, Präsident des Ministerrats des Innern Freiherr v. Bobman.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der allgemeinen Finanzdebatte. Eingelaufene Petitionen: 1. Von 16 weiteren Gemeinderäten des Landes um Abänderung einiger Bestimmungen des Elementarunterrichtsgesetzes; 2. der bad. Buchdrucker gegen die Errichtung einer Buchdruckerei im Landesgefängnis zu Mannheim; 3. der Orts Rültsheim, Wertheim, Schweinberg, Steinfurt, Steinbach, Quabheim, Dörfelberg, Rastia, Sonderried und Uffigheim, der Löwenstein-Wertheim-Rosenberg u. Löwenstein-Wertheim-Rosenberg'schen Standesherrschaft sowie der Handelsgenossenschaft Wertheim, den Bau einer Eisenbahn von Waldbühl über Hartheim-Rültsheim nach Wertheim u. m., übergeben vom Abg. Reubaus.

Schreiben des Präsidenten des Gr. Finanzministeriums: „Euer Hochwohlgeboren beehrte ich mich unter Bezugnahme auf die in der Sitzung der 2. Kammer vom 18. ds. Mts. von dem Abg. Dr. Schuler und Gen. eingebrachte Interpellation betr. den Zwischenhandel des Reichs mit Branntwein (Druckf. Nr. 52) ergeben in Kenntnis zu setzen, daß die Groß- Regierung zur Beantwortung der gedachten Anfrage bereit sein wird, insofern und insoweit der Gegenstand nicht schon durch die in oben erwähelter Sitzung abgegebene Erklärung und durch die weiteren Ausführungen des unterzeichneten Präsidenten in der Sitzung vom 26. ds. Mts. seine Erledigung gefunden hat und der vertrauliche Charakter der Verhandlungen im Bundesrat dies zur Zeit gestattet.“

Abg. Reubaus (Str.):

Seitern hat uns der Abg. Vogel von einem Mundschreiber der Parteileitung des Zentrums bei der Reichstagswahl 1890 in Karlsruhe erzählt, in dem zur Wahl des Sozialdemokraten aufgefordert worden sei. Dazu habe ich zu erklären, daß einmal die Parteileitung des Zentrums damals in Heidelberg war, daß zum andern das Mundschreiben von zwei Vertrauensmännern ohne Zustimmung der Parteileitung erging, und daß schließlich in allen Gemeinden große Kataste angehängen waren, die Wahlenthaltung proklamierten.

Nun zum Tabak! Neu, aber nicht überraschend war die Mitteilung des Finanzministers, daß Baden der Tabaksteuervorlage zustimmen würde.

Der Konsum wird also geringer, je höher die Belastung ist und umgekehrt. Auf der anderen Seite hat sich überall dort eine Reduzierung auf Korfu zu besorgen, und sie hat sich eine Zeit lang mit dem Gedanken getragen, das Wohl zu tun, das dann der deutsche Kaiser erworben hat. In diesem herrlichen Ort sind jetzt einige Arbeiter tätig, um den Palast für den Kaiserhain des Kaisers im März herzurichten.

Table with 3 columns: Land, Einnahme, Konsum. Rows include Frankreich, England, Oesterreich, Italien, Ungarn, Preussland, Belgien.

Der Konsum wird also geringer, je höher die Belastung ist und umgekehrt. Auf der anderen Seite hat sich überall dort ge-

eine Reduzierung auf Korfu zu besorgen, und sie hat sich eine Zeit lang mit dem Gedanken getragen, das Wohl zu tun, das dann der deutsche Kaiser erworben hat. In diesem herrlichen Ort sind jetzt einige Arbeiter tätig, um den Palast für den Kaiserhain des Kaisers im März herzurichten.

Demonstrierende Frauenrechtlerinnen in London.

Von der Parlamentarischen Versammlung am 20. ds. durch den König im Beisein der Königin wird nachträglich berichtet: Man hatte erwartet, daß die Frauenrechtlerinnen die Parlamentarische Versammlung zu einer Demonstration drängen würden; es wurden daher 100 Häftlinge in Bereitschaft gehalten, jedoch erwiderte sich diese Vorkehrung als überflüssig.

zeigt, daß bei Steuererhöhungen der Konsum hier. Vor 1879, der Einführung der Tabaksteuer, betrug in Deutschland der Verbrauch pro Kopf 1.20 Kgr., nach 1879 nur 1.56 Kgr., heute aber beträgt er erst wieder 1.55 Kgr., also immer noch nicht soviel, wie vor 1879. Das Jahr 1879 hat einen Rückgang des Konsums von 20 bis 25 Prozent gebracht. In jener Zeit fanden auch Arbeiterentlassungen von 30 bis 40 Prozent statt. Wenn die Arbeiterentlassungen damals nicht so sehr empfunden wurden, so deshalb, weil die Tabakindustrie noch nicht so ausgedehnt war, und weil die entlassenen Arbeiterkräfte gleich anderweitige Beschäftigung fanden. Die deutsche Tabakindustrie hat seit einiger Zeit einen Zug nach Süden gemacht. Nur infolge der Heimarbeit und der Beschäftigung weiblicher Arbeiter war es möglich, noch billige Zigaretten zu liefern. Die Regierung hat ja 1893 bei der Tabaksteuererhöhung selbst mit einem Konsumrückgang von 1 Prozent gerechnet. Wird die heutige Sonderrollesteuer angenommen, so werden wenigstens 20 Prozent Arbeiter entlassen werden müssen, d. h. 38 000 Arbeiter. Es wird dann auch nicht ausgeschlossen sein, daß von neuem eine Abwanderung aus unseren ländlichen Gemeinden stattfindet, wie das vor der Einführung der Tabaksteuer geschehen ist. In der Sonderrollesteuer liegt auch zugleich eine Verringerung des Arbeitslohnes. Es ist keinesfalls richtig, daß die neue Steuer wiederum eine Verchiebung zu Gunsten von Baden bringen wird. Den Vorteil würde diesmal der Rhein haben. Heute ist das Stück der Tabakfabrikanten die 5 Pfg.-Zigarette, 4 Stück zu 20 Pfg.; in Zukunft würden nur 3 Stück zu 20 Pfg. herzustellen sein. Bei der Sonderrollesteuer würde die Heimarbeiter völlig wegschicken; es würden dann 30 000 Heimarbeiter brotlos gemacht. Die kleinen und mittleren Tabakfabrikanten sind dann auch gar nicht in der Lage, die schwierigen Kontrollen zu erfüllen. Bei der Sonderrollesteuer, die auf 8 Monate vorzuschreiben wäre, hätte der mittlere Tabakfabrikant eine Kapitalvermehrung von 50-60 000 M. nötig. Dem Großfabrikanten macht die Sonderrollesteuer in dieser Hinsicht nichts aus. Wenn sich aber die badiische Regierung nicht überzeugen läßt, dann soll sie im Bundesrat dafür wirken, daß die brotlos gewordenen Arbeiter in vollem Maße entschädigt werden. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Jehnter (Ztr.):

Auf die Ausführungen Musers will ich nicht mehr eingehen. Vorlesungen aus Gebetbüchern sind von der anderen Seite zuerst geboten worden. Der Abg. Muser glaubt, eine freie Aufklärung der Schöpfungsgeschichte stehe im Widerspruch mit den Anschauungen der katholischen Kirche. Eine solche Aufklärung, wie ich sie habe, ist aber von jeher als zulässig bezeichnet worden. (Abg. Muser: Der Sollobus.) Der Sollobus steht auf keinem anderen Standpunkt. Es besteht ja über die Inspiration der ganzen Bibel überhaupt eine große Kontroverse der katholischen Theologie. Der Abg. Muser hat dann weiter ein Schilf zu dem Scheiterhaufen herbeigetragen, auf dem ich als Acker verbrannt werden soll. (Widerspruch des Abg. Muser.) Nun ist schon einmal im „Orientamer Posten“ verbrannt worden. Ich habe nur erklärt, daß die Existenz eines persönlichen Gottes empirisch nicht nachweisbar ist, philosophische Beweise sind vorhanden. Durch die Vernichtung dieser Beweise kommt es aber nichts getan. Auch der Begründer der Entwicklungstheorie hat die Existenz eines persönlichen Gottes nicht geleugnet. Wenn der Abgeordnete Muser nur einen Vorwurf machen will, so mangelt ihm doch die nötigen theologischen Kenntnisse. Dadurch schädigt er selbst die Ziele, die er verfolgt.

Der Abg. Muser hat mir auch aus der Fleischhauer einen Vorwurf gemacht. Das Zentrum hat sich schon auf dem letzten Landtag für die Aufhebung der Fleischhauer ausgesprochen, und das habe ich auch in meiner letzten Rede getan. Ich habe nur die Gründe angegeben dafür, ob es nicht erwägenswert sei, die Aufhebung bis zum 1. Januar 1910 zu verschieben. Der Abg. Muser hat mir auch aus der Wahl in Schoßheim einen Vorwurf gemacht. Ich glaube, der Abg. Muser hat nach seiner politischen Vergangenheit den wenigsten Anlaß, einen Vorwurf zu machen durch die Unterstützung eines Kandidaten einer anderen Partei. Der Abg. Muser hat sich weiter sehr bitter darüber beschwert, daß ich ihm den Vorwurf der Fällung von Sitaten gemacht habe. Ich habe den Namen Muser nicht genannt, weil ich es ihm freilassen wollte, in der Debatte das Wort zu nehmen oder nicht. Redner erörtert diese Frage, soweit sie seine Person betrifft, und erklärt, er sei berechtigt gewesen, von falschen Sitaten zu sprechen. (Abg. Muser: Das ist eine Unwahrheit.) Im „Bad. Post.“ sind dem Abg. Muser eine Reihe weiterer falscher Sitate nachgewiesen worden, ohne daß sie der Abg. Muser entkräftet hat. (Abg. Muser: Das ist wieder eine Unwahrheit.)

Wenn der Abg. Fröhau von einer „karakterlosen Mischnafabrikation“ der gegenwärtigen Regierung gesprochen hat, so hat dieser Abg. dazu am wenigsten Anlaß, wo er dem Volk angehört, der Gegenläufige vereinzelt, die so groß sind wie die Ozeane vom Atlantischen bis zum Stillen Ozean. Was die Kaprivischen Handelsverträge anlangt, die der Abg. Fröhau so lobt, so sind diese zum Nachteil der Landwirtschaft gewesen. (Abg. Fröhau: Das bestritte ich.) Der Abg. Fröhau sagt, das Zentrum hat keine Grundzüge; wenn dieser Abg. aus dem Programm des Zentrums nicht gelernt hat, daß das Zentrum Grundzüge hat, so werde ich ihn wohl nie überzeugen. Dagegen muß ich hier mich damit beschäftigen, daß die Linken seit der Wodpolitik ihre Grundzüge verfolgen haben. Das beweist die Militärfrage, die Flottenfrage und die Kolonialfrage. Bevor sich der Abg. Muser seinen Gebetsbuchstudien zugewandt hatte, ist er in einem Vortrag gegen den Militarismus geradezu herangerast. Ich erinnere mich auch einer Rede des Abg. Eugen Richter, in welcher sich dieser über die Kommissionsverhandlungen beschwerte, welche den Einfluß des Vermögens völlig paralytisierten. Was würde er über die Kommissar in Nordern, Klein-Holsted usw. sagen? (Abg. Fröhau: Solinger des Herrn Spahn.) Nun ja der Solinger des Herrn Spahn ist auch manchmal gewendet, aber solche Szenen hat er doch nicht mitgemacht. (Weiterkeit.) Der Abg. Fröhau hat auch gesagt, das Zentrum kann wieder einmal klein werden. Nun ja, das ist nicht unmöglich, aber ausgeschlossen ist es, daß die Freisinnigen jemals 28 Sitze im Landtage einnehmen werden.

Schließlich möchte ich noch auf die Rede des Herrn Staatsministers und in Verbindung damit auch auf die Rede des Abg. Ostreicher zurückkommen. Es hat mir völlig ferngelegen, den Staatsminister hämisch zu behandeln. Wenn meine Worte so aufgefaßt worden sind, so bedauere ich das. Ich habe mich nicht mit der Person des Staatsministers zu befassen, sondern nur mit seiner Politik. Meine Worte waren auch nicht so aufzufassen, als ob ich ihm nachlegen wollte, sein Amt zu verlassen. Es ist jedenfalls sehr merkwürdig, daß das

Ministerium erst dann gegen die Geistlichen vorgegangen ist, als dies von Voelckling angeregt und von den Jungliberalen weiter betrieben worden ist. Ueber die Art der Durchführung des Vorgehens gegen die Geistlichen ist meines Wissens nicht geklagt worden. Was die Ordensfrage anlangt, so werden wir diese Frage an der Stelle erörtern, welche uns hierzu geeignet ist. Wir befinden uns jetzt einem Staatsministerium gegenüber, das zum Teil neu zusammengesetzt ist, aus dem besonders jener Minister ausgeschieden ist, der meines Erachtens daran schuld war, daß das Ministerium durch sich mehr und mehr zu einem parteipolitisch-national-liberalen Ministerium entwickelte. Nachdem das Ministerium neu zusammengesetzt ist, dürfen wir erwarten, daß es wieder zu den alten Traditionen zurückkehren wird; deshalb haben wir auch unsere Beschwerden mit größerem Nachdruck vorgebracht. Wir wollen vermeiden haben, daß das Ministerium einseitig für eine einzelne Partei Stellung nimmt. Auf welche Partei hat denn Bismarck seine Politik gestützt, und auf welche Partei stützt der heutige Reichskanzler seine gegenwärtige Politik? Eine einseitige Stellungnahme ist also durchaus nicht notwendig. Der Freiherr v. Bodman hat erklärt, daß er seine Politik über den Parteien treiben wird, und wenn der Staatsminister hofft, daß sich die großen Parteien auch diesmal wieder zu praktischer Arbeit zusammensetzen, so ist zu erwarten, daß das Staatsministerium wieder zu einer Stellung über den Parteien zurückkehrt. Dann werden solche Refriminationen wie diesmal nicht mehr nötig sein. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Pfeifle (Soz.):

Der Großblock liegt noch immer der Zentrumspartei schwer im Magen. Ich kann dem Zentrum den Vorwurf über ihre Enttäuschung nachsagen. Die Zentrumspartei hat ja versucht, mit und damals Geschäfte zu machen. Wären wir dazu bereit gewesen, so wäre eben der Großblock mit Ausschluß der Liberalen zustande gekommen. Die Regierung kann den Männern, die bei den letzten Wahlen unter Zurückstellung ihrer Bedenken den Großblock zustande brachten, nur dankbar sein, denn sie wäre heute sonst in einer sehr schwierigen Lage. Der Minister des Innern möchte eine politische Konfession mit den Konservativen. Aber wir haben in Baden gar keine konservative Partei wie in Norddeutschland; die badiischen Konservativen sind nichts weiter als evangelische Zentrumleute. Das Ministerium Bodman hat sich ja auch in die Präsidentschaftswahl eingemischt. Es ist zu bedauern, daß man der Sozialdemokratie keinen Platz im Präsidium eingeräumt hat. Wir übernehmen alle verfassungsmäßigen Verpflichtungen, aber nichts darüber hinaus. Man sollte uns nicht zu Gesültern machen. Der Staatsminister hat es abgelehnt, sich zur Erklärung Willows über das preussische Wahlrecht zu äußern. Uns geht diese Angelegenheit aber sehr wohl etwas an, denn der preussische Ministerpräsident ist zugleich der Reichskanzler, und wenn dieser eine derartige Erklärung abgibt, wie im preussischen Abgeordnetenhaus, so scheint das Reichstagswahlrecht in dessen Händen sehr leicht aufgehoben zu sein. Der Minister des Innern hat uns hier eine ganze Reihe von Sitaten vorgehalten. Das war nicht nötig. Der Minister hat gemeint, die Sozialdemokratie wolle dem Bauern seinen letzten Acker nehmen. Nun der preussische Staat hat ja erst dieser Tage 200 Mill. Mark bewilligt zur Expropriation polnischer Bauern. Wir haben noch nie bestritten, daß wir Republikaner sind. Wenn aber die Staatsregierung nicht in diplomatische Verbindung mit Republiken treten.

Der Finanzminister hat vom Defizit im Reichshaushalt als von einem chronischen Uebel gesprochen. Das ist, was wir stets behauptet haben. Aus dem chronischen Defizit ist das Reich eigentlich seit seiner Gründung nicht mehr herausgekommen. Mit der letzten Reichsfinanzreform hat das Reich völlig flacks erlitten. Die indirekten Steuern werden sehr wohl empfunden. Wegen der Tabaksteuer hat der Finanzminister in Mannheim eine Konferenz mit Tabakindustriellen gehabt; Tabakarbeiter waren aber zu dieser Konferenz nicht zugezogen. Der Tabak ist wohl ein Genussmittel, aber von ihm leben tausende von Arbeitern. Es sind 1870 bei der Einführung der Tabaksteuer umfangreiche Arbeiterentlassungen nötig gewesen. Es hat wohl nichts geschadet, daß damals die Tabakindustrie bei uns eingeführt wurde, allein das geschah eigentlich nur wegen der niedrigen Arbeitslöhne in Baden. Den Tabak wird eine neue Steuer nicht treffen, wohl aber die Tabakarbeiter. Die aber fürchten nicht nach weiterer Belastung, sondern nach Entlastung. Eine ganze Reihe badiischer Zigarettenfabrikanten haben sich bereits im Urlaub und im Spätsort angeliedelt, weil bei uns schon die Löhne zu hoch sind. Aber nicht nur die Arbeiter, auch die Gemeinden, die ihre Einnahmen aus der Tabakverarbeitung ziehen, werden getroffen werden. Was die Progression nach oben anlangt, so wird sie beim Tabak ebenso wirken wie bei der Fahrkartensteuer. Um die Steuer zu sparen, wird man lieber billigere Zigaretten rauchen. Die Regierung, des Reiches solle anstatt nach weiteren Steuerquellen zu suchen, einmal anfangen zu sparen. Zunächst könnte das geschehen bei den Ausgaben für Meer und Flotte. Es wird nötig sein, die Matrosenlöhne zu erhöhen. Es ist ein Unglück, daß die ärmeren Bundesstaaten ebenfalls bezahlen müssen, wie die reicheren.

Die Finanzlage in Baden soll auch diesmal eine gedante sein; aber der Abg. Gold hat schon auf die verstaubten Reserven hingewiesen. Man spricht davon, daß die Einführung direkter Reichsteuern ein Eingriff in die Finanzhoheit der Einzelstaaten seien; aber ein solcher Eingriff ist schon durch die Reichsbeitragssteuer geschehen. Es müßte also auch möglich sein, Reichsaufträge zur Einkommensteuer einzuführen. Auch die Erbschaftsteuer wäre auszubauen. Im allgemeinen verleihe ich die Verlebenspolitik kein Bedenken. In Mannheim brauchen wir jährlich 2 Mill. M. für Zinsen. Die Schulhäuser a. V. könnten sehr wohl aus laufenden Mitteln gedeckt werden. Wohl aber sollten außerordentliche Ausgaben auf Anleihen übernommen werden. In Bezug auf die Ausgaben für Schulen rangiert Baden unmittelbar vor Mecklenburg; das ist gewiß kein gutes Zeichen. Den kleineren Gemeinden müßten größere und mehr Zuschüsse zu den Schulhaushalten gemacht werden.

Abg. Dr. Binz (nall.):

Der Herr Staatsminister hat nach der Rede des Abg. Ostreicher seinem Unmut über die langen Reden Ausdruck gegeben. Ich bin der Meinung, daß eine solche Kritik nicht ange-

bracht ist, vor allem aber ungerecht gegenüber der Rede Ostreicher, die ein Muster von Kürze war. Wir haben alles Interesse daran, die Verhandlungen möglichst abzukürzen. Der gute Wille ist überall vorhanden; aber es ist nicht jedem gegeben, seine Gedanken in kurze Worte zu bringen. Das Gefühl an und für sich teile ich völlig mit dem Herrn Staatsminister. Die Debatten über die Gebetbücher usw. hat der Abg. Jehnter provoziert wie noch vieles Andere.

Es ist von der Einziehung der Lehrer in den Behaltstarij gesprochen worden. Diese Frage auf diesem Landtage wieder aufzuwerfen steht durchaus nicht im Widerspruch mit unseren Erklärungen auf dem letzten Landtage. Die Frage ist eine prinzipielle, eine Ehrenfrage für die Lehrerschaft. Bei künftigen Gehaltsrevisionen will eben die Lehrerschaft nicht wieder übergangen sein. Ich will nur den Wunsch ausdrücken, daß die Regierung die Frage in nochmalige Erwägung nimmt. Bezüglich der Fleischhauer stehe mir noch auf dem gleichen Standpunkt wie früher. Diese Steuer ist nicht länger haltbar; sie ist ja auch in der größten Not unseres Staates geschaffen worden. Es hat lange gedauert, bis endlich die Aufhebung dieser Steuer in greifbare Nähe gerückt worden ist. Die Steuer wirkt auch bei der Preisbildung mit; sie ist eine Belastung der Produktion und der Konsumenten und eine volkswirtschaftlich nicht haltbare Steuer; die Regierung sollte nicht aufgrund einzelner Zeitungsausschnitte ihre Stellung ändern; ich hätte eine etwas konsistentere Haltung der Regierung erwartet. Der Abg. Pfeifle hat gemeint, daß der geringe Ertrag der Tantiemesteuern daher komme, daß diese Steuer leicht umgangen werden könne. Das ist aber falsch. Die Tantiemen erscheinen bilanzmäßig in den Rechenschaftsberichten der Gesellschaften. Das sich Ausschüttete der Gefahr aussetzen, in so hohe Strafen genommen zu werden, erscheint mir völlig ausgeschlossen. Was die Finanzpolitik in Baden anlangt, bin ich damit zufrieden, daß der Finanzminister dem Gedanken der Verlebenspolitik nicht mehr so streng ablehnend gegenübersteht wie das früher der Fall zu sein schien. Es ist unglücklich, daß man uns immer wieder unterzieht, wir wollten eine Schuldenpolitik inaugurieren; wir lehnen ja auch ab dem heftigen Beispiele zu folgen. Nur für außerordentliche Ausgaben soll eine besondere Anleihepolitik mit harter Amortisation aufgenommen werden. Das liegt nur im Interesse unseres Staates. Wir sind tatsächlich auf dem Gebiete der Schulden rücksichtslos geworden. Sind denn die Staaten, die eine Anleihepolitik getrieben haben, schlechter gefahren als wir? Es ist aber Tatsache, daß wir in Baden die höchsten Steuern haben. Das liegt aber keineswegs im volkswirtschaftlichen Interesse. Die Städte betrachten es mit Recht als ihre Aufgabe, bekannt zu machen, welche Umlagen bei ihnen zu entrichten sind. Es werden uns immer die Ausgaben für Amortisationen vorgerechnet, aber es muß dann auch die Gegenrechnung aufgestellt werden, wieviele Kapitalisten im Volke belassen worden sind anstatt sie zu Steuern heranzuziehen. Für die bevorstehenden Mehrausgaben werden in erster Linie die 2 Millionen zur Eisenbahnschuldentilgungskasse heranzuziehen sein.

Auf die politische Seite der Debatte will ich mich nicht mehr näher einlassen. Der Abg. Jehnter hat heute einen anderen Ton gefunden als in seiner letzten Rede. Was die Ausführungen Schäfers anlangt, die sich auch gegen mich gewendet haben, so habe ich gleichfalls keine Veranlassung, mich mit ihnen zu beschäftigen. Sie haben gleichfalls auf der Höhe seines klassischen Wertes, des „Waldbüchel“. Damit kann er zufrieden sein und sind wir zufrieden.

Darauf wird die Debatte abgebrochen. — Schluß der Sitzung halb 2 Uhr. — Nächste Sitzung Samstag, 1. Febr., vorm. 9 Uhr: Fortsetzung und Beendigung der heutigen Debatte.

Aus Stadt und Land.

Mannheim, 31. Januar 1908.

Der Nationalliberale Verein Mannheim

Nicht gekümmert wird im Friedhof seine guleicheit G e n e r a l v e r s a m m l u n g ab, die Herr Rechtsanwalt König mit bezüglichen Begrüßungsworten eröffnet. Bei der Eröffnung des Jahresberichts wies der Redner darauf hin, daß das vergangene Jahr mit der Arbeit für die Reichstagswahlen eingeleitet wurde. Vom 2.-24. Januar wurden allein 29 Versammlungen außerhalb Mannheims und seiner Vororte abgehalten. In diesen Versammlungen hat mit wenigen Ausnahmen der Kandidat, Herr Stadtschulrat Dr. Sickingen, teilgenommen. Im Rahmen des Berichtes möchte er Herrn Dr. Sickingen nochmals für seine hingebende, aufopfernde Tätigkeit danken. (Lebhafte Zustimmung.) Leider sei es erfolglos gewesen, aber trotzdem dürfe man nicht verzweifeln. Der Redner freilich kurz die Ergebnisse der Reichstagswahl und bemerke im Anschluß daran: Es ist die sozial und politisch bedeutsame Bemerkung anzuschließen, daß wir zum ersten Male den Reichstagswahlkampf gemeinsam geführt haben mit den übrigen liberalen Parteien. Das kann wohl als Grundrichtung der Tendenz, die wir verfolgen, bezeichnen, daß wir festhalten an dem Zusammenwirken der liberalen bürgerlichen Parteien im großen Ziele. Ich will hier ganz wenige Worte machen. Sie alle wissen, wie die Verhältnisse z. Z. stehen. Sie wissen, wenn jemals der Liberalismus Grund gehabt hat, daß zu sammeln, um zum Worte zu kommen, und wenn es jemals eine Zeit gegeben hat, wo der Liberalismus zum Worte kommen sollte, so ist es die heutige Zeit im Land und im Reich, welcher dem Liberalismus den Einfluß verschaffen will, den er haben muß, denn im öffentlichen Leben bildet keinen Einfluß ohne Macht, muß aus rein praktischen Gründen für den Zusammenhalt der liberalen bürgerlichen Parteien sein. In diesem Sinne arbeiten wir weiter und in diesem Sinne sind wir tätig gewesen im vergangenen Jahre. Wir haben einen gemeinsamen Aktionsausdruck gebildet, in dem sämtliche liberalen Parteien vertreten sind und der fortgesetzt politisch tätig sein soll, um die Wählerkraft beisammen zu halten und das Interesse für den liberalen Gedanken regen zu halten. Als Grundfrage sollte wurde erachtet die Gründung liberaler Ortsvereine. Man habe, wo es möglich war, denartige Vereine gegründet, so in Sandhofen und Sodenheim, und werde nach weitere gründen. Zu bemerken sei, daß mit den anderen liberalen Parteien ein Vereinbündnis getroffen worden sei, womach an Orten, wo bereits ein Verein der vier liberalen Parteien besteht, ein liberaler Verein nicht mehr gegründet werden darf. In Weinheim hat man es abgelehnt, der von hier aus erregenden Anregung, liberale Ortsvereine zu gründen, nachzukommen, weil im Weinheimer Bezirk durchweg nationalliberale Vereine bereits bestehen. Schwelgen dagegen ist noch nicht so organisiert. In diesem Bezirk ist die Arbeit im Gange. Medizinische Mittels seitens des Vereins ist angelegt.

Der Redner gab dann die Liste der vertriebenen Mitglieder bekannt. Ein erster Siele erwählte er Professor Friedrich L., dem er einen warmen Nachruf widmete. Als ebendort Vorleser gebaute er auch der verstorbenen vertriebenen Parteimitglied Herr Dr. Pfeiffer, Mitglied Herr Dr. G. und Mitglied Herr Dr. Erdm. Die Versammlung sollte das Andenken der Dahingegangenen durch Erheben von den Sigen. Im Laufe des Jahres wurde aus der Mitte des Vorstandes ein geschäftsführender Ausschuss gebildet, der sich nicht bloß als vorläufig, sondern auch als notwendig erwies. Der geschäftsführende Ausschuss hat eine vorbereitende Tätig-

fest auszuüben und in erster Linie alle diejenigen Dinge zu erledigen, die sich nicht für ein größeres Kollegium, wie es der Vorstand ist, eignen. Die endgültige Beschlußfassung in sachlich wichtigeren Entscheidungen bleibt nach wie vor dem Vorstand vorbehalten. Ueber dasjenige, was über die Partei innerhalb und außerhalb Deutschlands zu sagen war, ist in besonderen Verlautbarungen berichtet worden. In der einen wurde über den natl. Parteitag in Wiesbaden, in der anderen über den Parteitag in Köln referiert. In beiden Verlautbarungen sei Gelegenheit gegeben worden, sich zu äußern über den Standpunkt der Partei und über die Stellungnahme der hiesigen Parteileitung zur Partei.

Die zur Fortführung der Partei geschritten wurde, gab der Vorsitzende Gelegenheit, sich über die Führung der Geschäfte durch den Vorstand zu äußern. Da sich, so bemerkte Herr A. A. König, niemand zum Worte meldet, so ziehe ich den Schluß, daß Sie mit der Haltung des Vorstandes einverstanden waren. (Lebhafte Zustimmung.) Der bisherige Vorstand — ausgedehnter hatten 18 Mitglieder — wurde sodann per Akklamation wiedergewählt. Kassenbericht wurde von Herr Regierungsdirektor D. v. M. als Vertreter des Kassierers vorgelesen und in den Vorstand gewählt. Die Herren Prof. Dr. v. C. v. C., Rechtsanwalt Klein, Hauptlehrer S. v. S., Oberamtsrichter Dr. K. v. K. und Postsekretär K. v. K. In den Vorstand des Jungliberalen Vereins wurden delegiert die Herren Direktor M. v. M., Staatsanwalt J. v. J., Rechtsanwalt K. v. K., Dinkler, Kaufmann Rudolf Kramer und Stadtschulrat Dr. S. v. S. Bei der Aufstellung einer Redaktionsliste, die zur Gründung von liberalen Ortsvereinen dringend nötig ist, meldete sich eine große Anzahl Parteimitglieder.

Der Kassenbericht konnte leider nicht erörtert werden, da der Kassier, Herr Landtagsabgeordneter Emil K. v. K., krankheitsbedingt am Erscheinen verhindert war. Herr A. A. König konstatierte aber zu aller Freude, daß Herr K. v. K. Befinden in vorzüglicher Besserung begriffen ist. Unter allseitiger freundlicher Zustimmung bemerkte der Kassier, er glaube einem Herzenswunsch der Versammlung zu entsprechen, wenn er Herrn K. v. K. beim nächsten Besuch einen Gruß bebringe und den Wunsch auf fortschreitende Besserung ausdrücke. Herr König sprach sich mit dem Kassier ab und gab die Beschlüsse der Versammlung, an die er den dringenden Appell an ständiger Agitation knüpfte. Damit ein imposanter Verlauf gesichert wird. In der Versammlung, die kommenden Dienstag im Volkshaus stattfinden wird, ist bekannt, wie bekannt, die Herren Landtagsabgeordneter Dr. S. v. S. und Stadtschulrat W. v. W. über die Bedeutung des Wahlrechts und der Wahlordnung sprechen werden, gefolgt von 7. März ein Vortrag des Reichstagsabg. Dr. J. v. J. in Leipzig im städtischen Hof. Der bekannte Parlamentarier wird voraussichtlich über die Aufgaben des Liberalismus in der Gegenwart sprechen.

In der letzten Sitzung, die sich an den Jahres- und Jahresbericht schloß, wurden noch einige interne Angelegenheiten erörtert. U. a. kam man auch auf die Abmahnungen zurück, die bezüglich der Verbindung von liberalen Ortsvereinen zwischen den liberalen Parteien getroffen wurden. Herr A. A. König stellte hierüber nachdrücklich fest, daß kein anderer liberaler Verein gegründet werden darf, wenn am gleichen Ort schon ein Verein besteht. Der einer der vier liberalen Parteien angehörend. Die liberalen Ortsvereine sollen vornehmlich ein Sammelpunkt zur Beratung von Gemeindegewandlungen werden und namentlich den liberalen Bürgern bei den Gemeindegewandlungen einen Rückhalt geben.

Herr Dr. Müller machte darauf aufmerksam, daß es mit Rücksicht auf die nächsten Jahre hinsichtlich der Amtswahl nicht schon angebracht sei, durch Aufforderungen in der Zeitung dafür zu sorgen, daß das hiesige Staatsbürgerrecht erworben wird, wenn Herr A. A. König erwiderte, daß dies bereits auf schriftlichem Wege geschehe. Herr W. v. W. dankte dem Vorstand im Namen der Versammlung für seine erhebliche und opferwillige Tätigkeit im verflochtenen Jahre und sollte den Herren König und K. v. K. besondere Anerkennung. Herr A. A. König dankte im Namen seiner Mitarbeiter für die wohlverdiente Würdigung seiner Verdienste und schloß dann nach kurzer persönlicher Dauer die Versammlung.

Die Entlohnung der Arbeitlosen bei Notstandsarbeiten. In der letzten Bürgerausschusssitzung hat bekanntlich die sozialdemokratische Fraktion folgende Resolution eingebracht: „Die Entlohnung der mit sogenannten Notstandsarbeiten beschäftigten Arbeiter hat nach dem jeweils bestehenden ortsüblichen Tagelohn zu erfolgen. Den im Arbeitsverhältnis stehenden Arbeitnehmern wird der ortsübliche Tagelohn garantiert.“ Der Stadtrat hat sich bereits in seiner gestrigen Sitzung mit der Angelegenheit beschäftigt und nach der „Vollstimmigkeit“ beschlossen, den im Tagelohn beschäftigten Arbeitlosen einen Lohn von 3.10 Mark zu bezahlen. Für die im Accord beschäftigten Arbeiter wurde eine gleiche Entlohnung beschlossen, die bei hohem Gehalt für 0.4 Rm., Schütter 2.70 Rm., vorlieb und mit jedem Gehalt Rm. um 10 Pfg. bis zu 3.10 Rm. steigt. Die bisherige Garantie eines Mindesttagelohnes von 2.70 Rm. wurde aufgehoben. Der neue Tagelohn und die Accordlohnätze treten von heute Freitag an in Kraft.

Polizeibericht vom 31. Januar.
(Schluß).

Unaufgeklärte Diebstähle. Von noch unbekanntem Täter wurden in letzter Zeit hier entwendet: a) am 11. d. Mts. in der Holzstr. eine deutsche getlegerte Dogge, 1 1/2 Jahre alt, Männchen, b) am 30. d. Mts. im Hofe H 1. 14. von einem Handkarren herunter 15 Pfd. Butter, abgeteilt in halbpfundstücke, welche in einem weißen Rörbchen verpackt waren, c) am gleichen Tage auf der Straße K 2. 2 ein Handkarren, d) in der Zeit vom 15.—28. d. Mts. im Hause Hafensstraße 66 mittels Nachschlüssels eine noch neue Hofe und einen Regensturm, e) am 29. d. Mts. im Hause Lindenhofstr. 102 ein roter Sack, 15 Pfd. schwer, f) in der Nacht vom 28. auf 29. d. Mts. auf der Dittens-Brücke in Waldhof eine Fahne in hab. Landesfarben, g) in der Nacht vom 29. auf 30. d. Mts. aus einem Hünerstall Striegelstraße 8 in Waldhof, 6 lebende Hühner, wozu 3 von gelber Farbe, 1 überfarbig (schwarzfleckig) und 2 fog. Weißhühner waren.

Unbekannte Diebe. Am 30. Januar 1908 ließ sich die nachbeschriebene, unbekannte, angelegte Wwe. Theresia Müller hier wohnhaft, von einem Beamten in der Seefensheimerstraße 96 zum Monatsdienst engagieren und hat während der Abwesenheit der betreffenden Familie den Zutritt erhalten und den Geldbetrag von 220 Rm., bestehend aus Zwanzigmarkstücken und 20 bis 30 Rm. Silbergeld entwendet und sich entfernt. Signalement der Täterin: Dieselbe ist etwa 35 Jahre alt, etwa 1.60 Meter groß, schlank, hat blaues, feinkörnig aussehendes Gesichtsfarbe, dunkles nicht sehr lockiges Haar, das glatt nach hinten gekämmt ist, in demselben trägt sie einen braunen Mantel und 2 Haarspangen. Sie trägt graues Jacket, kurzen, dunklen Hosi, grün karierte Hose. Habtaura rot, schwarze Händschuhe. Sie dürfte aus der Gegend sein. Um wachsende Aufmerksamkeit an die Schutzmannschaft wird erbeten.

Verhaftet: wurden 25 Personen, darunter 1 Stuktureur von Södingen wegen Substanzerei, ein Tagelöhner von

Heidelberg wegen Diebstahls und 1 Tagl. von Berlin und Amerika wegen Hehlerei.

Sport.

A.S.C. Luftschiffahrt. Der Aero-Club de France hat eine besondere Kommission für aeronautische Terminologie eingesetzt, die zur Befestigung der bisher herrschenden Verwirrung in der Luftschiffahrt bestimmte Ausdrücke festlegen soll, die künftig in Frankreich allgemein in aeronautischen Kreisen Anwendung finden dürften. So soll ein Kugelballon künftig „Aérostat“ heißen, seine Bedienungsmannschaften „Aerostiers“ und der Führer „Aeronaute“. Die Flugmaschine — ohne tragende Gondelle — wird künftig nur den Namen „Appareil d'Aviation“ führen, ihr Führer „Aviateur“. Die Flugmaschinen zerfallen wieder in durch Schrauben in der Luft gebaltene „Helicopteres“ und solche, deren Flug durch Tragflächen ermöglicht wird; letztere heißen „Aéroplanes“. — Es wäre zu wünschen, daß man in Deutschland dem Beispiel Frankreichs folgend, einheitliche Bezeichnungen für Aérostats auf dem Gebiete der Luftschiffahrt einführt.

A.S.C. Automobilsport. Der diesjährige Grand Prix wird einem Beschlag des französischen Automobil-Clubs zufolge wie im Vorjahre auf der Rundstrecke bei Dieppe zum Austrag gelangen. Diese Rundstrecke, die für die Pariser und Londoner Automobilisten gleich günstig liegt, bildet ein gleichzeitiges Dreieck von etwa 78 Kilometer Länge, dessen Ecken bei den Ortschaften Dieppe, Londinieres und Ca liegen. Die Verwaltung des Departements Seine Inférieure hat sich bereit erklärt, dem Automobil-Club einen Zuschuß von 10000 Francs für die Veranstaltung des Rennens zu zahlen.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Kunst. Der geistreiche Sättiger, hat jüngst einen historischen Einakter „Gräfin Catharina“, der im 16. Jahrhundert spielt und in dem Herzog Alba auftritt, vollendet. Das Stück Godes gelangte gestern am Meininger Hoftheater zur Aufführung.

Vom Tag zu Tag.

— Vom Zug erfaßt. Frankfurt, 31. Jan. Der ledige Streckenarbeiter Heinrich Werner wurde heute morgen von einer Rongierabteilung vor dem Frankfurter Hauptbahnhofe erfaßt und sofort getötet.

— Selbstmord eines Stellenlosen. Frankfurt, 31. Jan. Heute nacht entliehe sich im Abori eines Cafes in der Kaiserstraße der 23jährige Hilfsarbeiter Ferd. Hül aus Köln. Das Motiv der Tat soll Stellenlosigkeit sein.

— Eine blutige Theatervorstellung. Paris, 31. Jan. Die Blätter melden aus Billeruds (Dep. Meurthe et Moselle): Italiensische Arbeiter drangen in das Spielhaus einer wandernden Komödiantentruppe ein, weil ihnen der Eintritt verweigert worden war. Sie überfielen die Schauspieler mit Messerhieben. Ein Kind wurde getötet und mehrere erwachsene Personen wurden verletzt. Es entstand ein furchtbarer Panik. Gendarmerie wurde angefordert, um die Italiener festzunehmen.

— Automobilunfall. Breslau, 31. Jan. Die „B. Ztg.“ meldet: Ein schweres Automobilunfall ereignete sich gestern abend 6 Uhr auf der Obonske. Vier Breslauer Bürger die mit einem Automobil, das angekauft werden sollte, eine Probefahrt machten, faramobilerte mit einem entgegenkommenden, mit Panzerkol beladenen Lastwagen, wobei das Automobil zertrümmert und die Insassen in weitem Bogen herausgeschleudert wurden. Ein Führermeister ist tot. Die anderen Insassen schwer verletzt. Nur der Chauffeur kam unverletzt davon.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

* Spener, 31. Jan. Wie die „Spenerer Zeitung“ von unverlässiger Seite erfährt, werden mit der Verstaatlichung der Pflanzlichen Eisenbahnen ab 1. Jan. 1909 in der Pflanz 6 Verkehrs-Inspektionen errichtet und zwar sollen die Städte Ludwigschafen a. Rh., Remscheid a. d. S., Lenden, Kaiserlautern, Pirmasens und Domburg oder Zweibrücken dazu anzuheben sein.

* Marburg, 31. Jan. (Privattelegr.) Wegen Verleumdung der „Oberhessischen Zeitung“ wurde gestern vom hiesigen Schöffengericht der Redakteur der „Hessischen Landeszeitung“ zu einer Woche Gefängnis und Tragung der Kosten verurteilt.

* München, 31. Jan. Der Großherzog von Baden traf heute vormittag hier ein und reiste alsbald nach Tölz zum Besuch der Großherzogin. Luxemburgischen Familie und nach Schloß Hohenburg, wo seine Gemahlin seit einigen Wochen weilte.

* Kauen, 31. Jan. Die Mitglieder der Reichstagskommission zur Beratung des Telegraphengesetzes machten heute unter Führung von Herr von dem Reichspostamt einen Ausflug hierher zur Besichtigung der hiesigen Anlage für drahtlose Telegraphie.

* Triest, 31. Jan. Der vor zwei Wochen begonnene Ausbau der Offiziere und Mannschaften der Schiffahrtsgesellschaft „Dalmatia“ ist gestern beendet worden.

* Petersburg, 31. Jan. Die Rede Lebrenthals bildet andauernd das Hauptthema der Blätter. Die österreichisch-ungarische Außenpolitik wird scharf angegriffen, weil angeblich Eisenbahnpläne hinter den Kulissen des Märzhafter Vertrages stecken.

Die babilonischen Bienen und der Gehelotariat.

* Karlsruhe, 31. Jan. Eine gestern abend im Palmengarten stattgefundene von über 300 Personen besuchte Beamtensammlung beschloß einstimmig die Gründung eines „Landesvereins badischer Bureau- und Kanzleibeamten der gesamten Staatsverwaltung“. Eine von der bei der letzten Versammlung gebildeten Kommission ausgearbeitete Petition an die Landesstände verlangt Wegfall der Gehelotklasse III für „Schreiber“, Verbesserung der Lage der Tarifabteilung J 3 oder Einreihung in J 2 und Aufträgen in die höheren Klassen nur nach dem Dienstalter. Die Petition wurde ebenfalls angenommen ohne weitere Änderungen und wird sofort eingereicht werden. Der neue Verein der neben Pflege des Kollegialitätsgefühls der Förderung der Standesinteressen der beruflichen und allgemeinen Bildung auch wirtschaftliche Zwecke verfolgt, hat seinen Sitz in Karlsruhe, an allen größeren Plätzen des Landes werden Ortsgruppen beim Bezirksvereine gebildet werden.

Erhard gibt nach!

* Köln, 31. Jan. Der Professor der katholischen Theologie Erhard in Trochburg veröffentlicht in der „Kölnischen Volkszeitung“ eine Erklärung, welche folgendermaßen lautet: Als ich den Artikel „Die neue Lage der katholischen Theologie“ für die

Internationale Zeitschrift abgab, glaubte ich nicht, daß er geeignet sei, in weiteren katholischen Kreisen Beunruhigung hervorzurufen. Am jeden Zweifel an meiner kirchlichen Gesinnung anzuschließen, spreche ich hiermit mein aufrichtiges Bedauern aus, daß meine Ausführungen, die den Interessen der katholischen Theologie in Deutschland dienen sollten, zu Schlußfolgerungen veranlaßt haben, zu denen ich mich nicht bekenne. Besonders schmerzhaft empfinde ich es, daß eine Verleugung der Pietät gegen die ehrwürdige Person des Heiligen Vaters darin erblickt wurde. Daß ich die von der Censur verworfenen dogmatischen Irrtümer des Modernismus zurückweise, geht aus dem Artikel klar hervor. Ich stehe durchaus auf dem Boden des katholischen Dogmas und der Anerkennung der kirchlichen Autorität und bin gewillt, unter allen Umständen ein treuer Sohn der katholischen Kirche zu bleiben.

Maroffa.

* Paris, 31. Jan. Aus Fez wird vom 26. Januar gemeldet, daß dortselbst fortwährend große Erregung herrscht und häufige Unruhen stattfinden. Zwischen den Anhängern des Pascha Elbachi und dem Naib Kitteni sei es wiederholt zum Handgemenge gekommen, weil Elbachi sich weigerte, Waffen herauszugeben. Kitteni habe sich erboten, die Revolutionäre nach Casablanca zu führen und sein ganzes Vermögen für den Heiligen Krieg zur Verfügung zu stellen. Die Klemas sollen jedoch vorge schlagen haben, erst die Ansicht Ruler Hoffins einzuholen.

Deutscher Reichstag.

w. Berlin, 31. Januar.

Am Bundesrätliche Staatssekretär von Tirpitz. Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 1.30 Uhr. In der fortgesetzten Beratung des

Marineetat.

wird zunächst der Rest der persönlichen Ausgaben für die Instandhaltung und die Ausgaben für die Naturalverpflegung und Bekleidung debattiert erledigt.

Bei den Ausgaben für die Garnisonsverwaltungen trat Abg. Spethmann (fr. Vp.) für eine Besserstellung der Maschinen des Torpedowerkes Friedrichshort im Schalte ein. Die Zahl der etatsmäßigen Torpedotechnikerstellen sollte vermehrt werden. Auch die Arbeiter des Torpedowerkes sollten bezüglich des Gehaltes berücksichtigt werden.

Abg. Admiralitätsrat Darrus erklärt, die angeregten Fragen befänden sich in der Erözung.

Bei den Ausgaben für die Instandhaltung der Flotte und der Werften wurden die geforderten Mittel für die Vermehrung der Boamen debattiert. Der Rest des Ordinariums basierte ebenfalls debattiert. Bei der Position Gewährung einer Beihilfe an die Ortsgemeinde Hedders befürwortet

Abg. Ahlhorn (fr. Vp.) eine größere Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse der in der Reichs der größeren Marineetablissements gelegenen Gemeinden. Dringend notwendig sei die endliche gesetzliche Regelung dieser Angelegenheit.

Staatssekretär v. Tirpitz betont, in den letzten Jahren fand eine erhebliche Steigerung der Beihilfe statt. Man werde auch in Zukunft der Frage weiterhin wohlwollend gegenüber stehen.

Bei der geforderten 1. Annate von 2 Mill. für die Anlage eines Hafens für größere Bootzucht in Helgoland, bringt der Abg. Ahlhorn die Befürchtung zur Sprache, daß Helgoland in absehbarer Zeit den Meeresströmungen keinen Widerstand mehr leisten und bonernd auseinander werde. Der Staatssekretär möge die in der Kommission abgegebene beruhigende Ausklärung auch im Plenum geben.

Staatssekretär v. Tirpitz erklärt: Nach eingehender Untersuchung glaube ich, daß derartige Befürchtungen für den Bestand der Insel Helgoland nicht existieren. Rechner beruht sich auf den Leiter der Befestigungsanlagen der Insel Helgoland, der nachwies, daß der Hauptteil der Insel aus festen Felsen bestehe und daß nicht zu befürchten sei, Helgoland werde in absehbarer Zeit verschwinden.

Bei dem Titel: Von einer Trockenbodanlage an der Unterelbe gibt

Abg. Paasche (natl.) dem Wünsche Ausdruck, daß anstatt der Trockenbodanlage ein Schwimmbock erbaut werden solle.

Staatssekretär v. Tirpitz erklärt: Die Ausführungen des Vorredners würden bei den weiteren Erözungen der Reichsmarineverwaltung Beachtung finden. Dieses stehe der Frage vollständig gegenüber. Es komme auf die Verhältnisse an, ob ein Schwimmbock oder ein Trockenbock erbaut werden soll.

Auf eine Anfrage an den Norddeutschen Lloyd in Bremen hat dieser sich für die Anlage eines Trockenbodens erklärt. Nach den Kostenanschlägen stellten sich die Kosten für zwei Schwimmbocks um 2 Mill. M. höher als für 2 Trockenbocks. Die allgemeine verbreitete Ansicht, daß Schwimmbocks besser seien als Trockenbocks, sei nicht zureichend. Im nächsten Jahre hoffe er dem Reichstag mehr Material hierüber vorlegen zu können.

Senfner (natl.) empfiehlt die volle Forderung von 300 000 Mark als erste Rate zum Bau fiskalischer Dienstwohnungen und von der von der Kommission beantragten Forderung auf 200 000 Mark abzusetzen.

Staatssekretär v. Tirpitz empfiehlt gleichfalls die Regierungsforderung.

Eraberger (Ztr.) tritt für den Antrag Senfner ein, ebenso v. Reichshofen-Wamsdorf (konf.).

Edelmann (Soz.) spricht sich gegen denselben aus. Hierauf wird die Regierungsvorlage wiederhergestellt und die Position der 300 000 M. bewilligt. Der Rest wird sodann genehmigt.

* Berlin, 31. Jan. In der Kommission des Reichstages für die Juckerfeuervorlage erklärte Reichstagssekretär Jhr. v. Stengel, daß der Antrag Graf Schwerin-Löwen (konf.), welcher die Ermäßigung der Juckerfeuer zur Bedingung für die Annahme der Juckerkontentio macht, nicht annehmbar sei und daß im Falle, daß der Reichstag auf diesem Antrag bestehen sollte, voraussichtlich die Konvention scheitern werde. Als annehmbarer bezeichnete der Reichstagssekretär den Antrag des Abg. Wiener, welcher eine Ermäßigung der Juckerfeuer erst nach Schaffung anderer Einnahmen bewilligen will. Die Kommission beschloß gleichwohl mit 21 gegen 3 Stimmen die Konvention nur nach dem Antrage Schwerin-Löwen anzunehmen.

* Berlin, 31. Jan. Der Reichstagskommission für die Revision zum Niedersächsischen Gesetz stellte die Regierung in Aussicht, den Antrag, die Bienen unter die Haustiere zu rechnen, zu entsprechen und dies durch ein Spezialgesetz zu regeln. Hierdurch soll der den Untern durch Foulheit der Bienen erwachsen Schaden gedeckt werden.

Berliner Effektenbörse.

Table of Berlin stock market prices for Jan 31, 1908. Includes columns for stock names and prices.

Privatdiskont 4 1/2 %

Pariser Börse.

Table of Paris stock market prices for Jan 31, 1908.

Londoner Effektenbörse.

Table of London stock market prices for Jan 31, 1908.

Frankfurter Effektenbörse.

Table of Frankfurt stock market prices for Jan 31, 1908.

Table of exchange rates and other financial data for Frankfurt.

Table of various commodities and goods prices.

Table of freight rates and other transport-related prices.

Handbriefe, Prioritäts-Obligationen.

Table of bond and interest rates.

Bank- und Versicherungs-Kurs.

Table of bank and insurance rates.

Frankfurt a. M., 31. Januar. Kreditlinien 203.83, Staatsbahn 145.20, Lombarden 28.10, etc.

Wiedmarkt in Mannheim vom 31. Januar. Amtlicher Bericht der Direktion. Es wurde besetzt für 80 K Schindelmehl 8 9 Halber, etc.

Gütes- und Preis-Bestimmung der Süddeutschen Getreidemenge.

Bei der am 28. Januar stattgefundenen Auktion wurden nachfolgende Preise erzielt: Roggen: bis 80 Pfd. 47 Pfd., etc.

Vom Rheinisch-Westfälischen Augenmarkt.

Der Verkehr am Kohlenaugenmarkt unterschied sich während der abgelaufenen Berichtsperiode kaum von demjenigen der Vormode, sowohl die Internationals, als auch das Privatpublikum zeigen keinerlei Neigung, neue Verbindlichkeiten einzugehen, da die unklare Lage der Eisenindustrie bei allen beteiligten Kreisen große Zurückhaltung als wünschenswert erscheinen läßt.

richtigste mit 1700 Mk. im Angebot verbleiben, da die erheblich angewachsene Schuldenlast in Gewerkekreisen verstimmt.

In Braunschweig konnten Humboldt ihre vorwöchentliche Steigerung voll behaupten und bleiben bei 1600 Mark begehrt. Sonst fanden sich bei 2800 Mk. und Vellerhammer bei 3400 Mk. in Nachfrage, während die Notierungen der meisten übrigen Werte dieses Marktes namentlich blieben.

Internationale Schiffsreis-Terminliste.

Southampton, 29. Jan. (Drahtbericht der White Star Line Southampton). Der Schnelldampfer 'Majestic' am 21. Januar von Southampton ab, ist heute vormittag hier angekommen.

Marx & Goldschmidt, Mannheim

Telegrams-Adresse: Margold. Fernsprecher: Nr. 56 und 1637. 31. Januar 1908. Provisionsfrei!

Table with columns: Ihr sind als Selbstkontrahenten unter Vorbehalt, Käufer, Käufer. Lists various companies and their status.

Verantwortlich: Für Politik: Dr. Fritz Goldmann; Für Recht, Revision und Vermittlung: Alfred Beckhaus; Für Volkwirtschaft u. den übrigen redaktionellen Teil: Carl Apfel; Für den Interzessent und Reichstages: Franz Kircher; Druck und Verlag der Dr. O. Dörschden Buchdruckerei, G. m. & H. Director: Ernst Müller.

Aus Stadt und Land.

Mannheim, 31. Januar 1908.

Überzogen wurde Revisionsinspektor Johann Baptist Reiche in Donauschingen die Leitung des Untersteueramtes beauftragt.

Ernannt wurde Resident Richard Hebb bei der Polizeidirektion zum Polizeivater in Biffingen.

Personalnachrichten aus dem Oberpostdirektionsbezirk Karlsruhe. Angenommen: als Telegraphengehilfinnen: Anna Hellmuth, Emilie Trautwein in Mannheim; als Postagent: Georg Rohrmann in Heidelberg-Schlierbach. — Ernannt: zum Oberpostassistenten: der Postassistent Leo Haberli in Baden-Baden. — Stetsmäßig angestellt: die Telegraphengehilfinnen: Sophie Speigler in Baden-Baden, Paula Friß, Elisabeth Hoffer, Frieda Schmid in Karlsruhe, Emma Lang, Magdalena Rudolf in Mannheim. — Versetzt: die Postassistenten: Alfred Becher von Mannheim-Balhof nach Karlsruhe, Gustav Denny von Karlsruhe nach Gernsbach, Max Grabinger von Baden-Baden nach Stuppheim, Friedrich Oehm von Ettlingen nach Rastatt, Reinhold Hörrer von Karlsruhe nach Rastatt. — Freiwillig ausgeschieden: der Postagent: Ernst Falschberger in Heidelberg-Schlierbach.

Der unglückliche Gewinner des Haupttreffers der Mannheimer Ausstellungs-Lotterie hat einen Genossen gefunden. Unter sehr vielen gesperrten Nummern der Straßburger Geld-Lotterie, die am 2. Januar gezogen wurde, befindet sich auch die Nummer 2626, die mit dem ersten Treffer, 10.000 Mark, herausgekommen ist.

Handelshochschulurke. Die Studierenden und Hospitanten der Handelshochschule unternehmen am Samstag, den 1. Februar, unter Führung des Herrn Geh. Hofrat Prof. Dr. Gothein einen volkwirtschaftlich-technischen Ausflug nach Kirchheim bei Heidelberg zur Besichtigung der Waggonfabrik Juchs dortselbst. Die Teilnehmer ver sammeln sich 2 Uhr 20 Minuten am Hauptbahnhof in Heidelberg.

Städtische Maskenbälle im Hofgarten. Die Arbeiten zur Ausschmückung des Nibelungenloales für den am 1. Februar stattfindenden großen städtischen Maskenball, sind nahezu vollendet. Es fehlt nur noch die prächtige Dekoration, die gleichfalls nach Angabe des Kunstmalers Franz Weich-Karlsruhe angefertigt wird. Es ist nirgends gepostet worden, um ein fröhliches wie auch künstlerisches Bild für diese Veranstaltung zu schaffen und es ist sicher zu erwarten, daß die bunte Menge, die sich in diesem Rahmen bewegt, von dem luftigen Ballgestimmeln rasch zur heitersten Laune erregt wird. Bedenkt man ferner, daß in der nächsten hiesigen und auswärtigen Kreise sich ein reges Interesse für die Idee kund gibt, — wie man hört, sollen schon einige Gruppen- und Einzelmasken zur Generalidee passend in Vorbereitung sein, — so wird man wohl mit Recht auf diesen Abend gespannt sein dürfen. Die Hofgarten-

Kommission hat für diesen Ball Geldpreise im Gesamtbetrag von 1500 Mark zur Verfügung gestellt, jedoch eine erfolgreiche Bewerbung sich wohl schon lohnen dürfte.

Verein für Frauenstimmrecht. Dienstag abend 8 1/2 Uhr findet in der Loge Carl zur Eintracht L 8, 9 ein Vortrag von Fräulein Margarete v. Gottberg aus Stuttgart über „Die politischen Parteien und ihre Stellung zur Frauenbewegung“ statt. Das Thema ist hochaktuell. Eintritt frei. Disjunktion. Männer und Frauen sind herzlich willkommen.

Evangelischer Bund. Wie aus dem Inzeratenteil ersichtlich ist, wird der Zweigverein Rheinau am kommenden Sonntag, abends 8 Uhr, im Saale zum „goldenen Dirsch“ das hochinteressante Stück „Frau Cotta“, Spiel von Prof. D. Thoma-Karlsruhe, nochmals zur Aufführung bringen. Wir erlauben hiermit auch auf diesem Wege unsere hiesigen Bundesmitglieder, sich recht zahlreich an der Aufführung dieses herrlichen Volksstückes zu beteiligen. Die gemeinsame Abfahrt erfolgt am Sonntag abend 7 Uhr 18 Minuten von hiesigen Hauptbahnhof aus (Vofalzug Rheinauhausen). Sammelplatz im Hauptportal. (Siehe auch Inzerat).

Das Münchener Tonkünstler-Orchester, bestehend aus den bisherigen Mitgliedern des Kammer-Orchesters, gab am 28. d. Mts. in München im Hotel Union sein erstes Sinfonie-Konzert und zwar mit folgendem Programm: Beethoven-Odeon: Ouvertüre Egmont, Violin-Konzert (Herr Konzertmeister Sparner) und 5. Sinfonie G-Moll. Der Dirigent, Herr Kapellmeister Rossmüller, sowie das Orchester wurden von dem zahlreichen verammelten Publikum mit rauschendem Beifall empfangen, welcher sich nach jeder Nummer steigerte und zum Schluß sich zu einer glänzenden Ovation für das Orchester steigerte.

Das Bingerloch-Fahrräder frei! Gestern nachmittag gelang es, die beiden Anker, welche von den Schleppfähnen, die im Anhang des Schraubendampfers „Colonia Nr. 2“ verloren gegangen waren, zu heben und aus dem Fahrräder des Binger Loches zu entfernen. Die Durchfahrt des Bingerloches ist deshalb wieder freigegeben worden.

Das neue Plakat des Oberrhein-Verbands ist im Verlage von H. Schömann-Darmstadt in diesen Tagen erschienen und wird nach der Meinung der Reisenden in allen Teilen Deutschlands zum Anhang kommen. Entwurf und Zeichnung stammen von Prof. Sutter-Lichtenberg. Den Plan, der dem alten Oberrhein-Plakat zugrunde lag, einzelne bildliche Darstellungen landschaftlich oder geschichtlich hervorragender Punkte des Oberrhein-Verbands aneinanderzureihen, hat der Künstler in Übereinstimmung mit der Ableitung aus Zweckmäßigkeitsgründen aufgegeben. Das neue Plakat führt dem Beschauer das gesamte Oberrhein-Verbandsgebiet aus der Vogelperspektive vor Augen. Da die Einzeichnung der Jagungswege von Rhein, Main und Neckar in genanntem geographischen Maßstabe dem Plakat eine übermäßige Größe gegeben hätte, erscheinen Frankfurt, Mainz, Bismarck mit Umgebung auf Nebenkarten. Auf zwei bildliche Darstellungen glaubte jedoch der Künstler mit Recht nicht verzichten zu können.

Es sollen dem Beschauer des Oberrhein-Verbands zwei Punkte in malerischer Ausführung vor Augen treten, die den Oberrhein weit über dessen, ja Deutschlands Grenzen bekannt gemacht haben, zwei Städte, die jedem Deutschen aus Geschichte und Sage bekannt geworden sind. Aus diesem Grunde erschienen auf dem neuen Plakat das Heidelberger Schloß und der Rodenstein im Bild. Die Wappen Badens, Würtens und Hessens schließlich mögen den Betrachter des Plakates erinnern, daß die Gemeinschaft des Oberrhein-Verbands vor allem die Freunde des Oberrhein-Verbands aus diesen drei Bundesstaaten umschließt. — Mit der Vorbereitung einer neuen Auflage des Oberrhein-Verbands von Winkler ist gegenwärtig Herr Professor Dr. Antke in Darmstadt beschäftigt.

Aus dem Schöffengericht. Ein Sonntagsgewerträgen machten sich der Tagelöhner Josef Engert von Schriesheim und der Maurer Leubach von Redarhausen am 6. Januar durch eine gegenseitige Keilerei auf der Ortstraße in Redarhausen. Engert verletzte seinem Gegner mehrere gefährliche Messerstiche. Er ist als Raufbold bekannt und hart verbestraft. Das Schöffengericht diktierte ihm gestern eine Gefängnisstrafe von vier Monaten. — Bei einem Streite in der Wirtshaus-Röhrstraße 9/11 hier selbst schlug der Tagelöhner Valentin Cornelius aus Bierheim dem Bierbrauer Peter Schlangenbofer derart ins Gesicht, daß Schlangenbofer schwer verletzt wurde. Das Gericht verhängte über ihn eine Gefängnisstrafe von 2 Monaten.

Hot-Kalligraph
Gander's
prin. Methode. Anzeigebrosch.
Montag, 3. Febr.
Herren und Damen
Lernschriften
Linienführung
P. 1, 3 Breitestr. P. 1, 3.

Mineralwasser-Anstalt
Badewannen zu verkaufen
Piano, Kauf, Miet, Abzahlung, Demmer,
Hofen, Valentinstr. 165/166

Bergmann's Hosen-Woche

Ich hatte die günstige Gelegenheit einen Posten in Herrenhosen zu erwerben und verkaufe solche ohne Unterschied auf den bisherigen weit höheren Wert zu und unter Fabrikpreis nur 77047

Kommende Woche

Serie I	ca. 400 St.	Serie II
4 ⁹⁰ Mk.		6 ⁰⁰ Mk.
Reoller Wert bis 8.— Mk.	Sämtliche Hosen sind aus la. Saxin und Kammerstoffen in solider Verarbeitung hergestellt.	Reoller Wert bis 12.— Mk.

Streng reelles Angebot!

Leopold Bergmann

P I, II — Planken — P I, II.

Vermischtes

Werkstätte
R 4, 15. „Blitz“ R 4, 15.
Telephon 3809.
Das Aufhängen folgt:
1 Sacco-Anzug M. 1.—
1 Jaquet-Anzug „ 1.30
1 Gehrock-Anzug „ 1.50
1 Hose „ 0.35
1 Heberzieher „ 1.00
Reparaturen werden billig berechnet.
Kostlose Abholung und Rücklieferung.
Verlangen Sie unsere Preisliste.

Emil Kilmeyer,
Ruhlfelder, G. 3, 11.
erhält sich gegen Stabier-Unterricht. Gründliche Auslegung in Technik und Betriebsführung u. Vorkursus in Chemia.

Friedrich Rötter
H 5, 1—4 u. 22.
Unverrichtete Auswahl in Büffels, Vorklos, Kistler- und Spiess-Schrankon, W. so. kommode, Tisch en, Stühlen etc.

Stellen finden
Arbeiter-Gesuch
Eine großer Anzahl Bau- u. Möbelschreiner sowie Glaser werden in dieser Zeit u. nach Luzern (Schweiz) ges. dt. Sie eruchen die Stellen von diesem Arbeits-anbieter keinen Gebrauch zu machen, indem dort sämtl. die Arbeiter ausgesetzt sind.
Der spon. H. Arbeiter-Verband 17600 Ne. waltungsstelle Mannheim R. 3, 14, 2. Stod.
Büchsenfräulein, Köchinnen, Haus- u. Küchen. abben werden sehr gesucht. Frau Gipper, A. 15, Tel. 3947. 572

Wohnst. oder Mädchen
Lage: p. 1. et. 5729
Beethovenstraße 3, 4 St. 1.

Züchtigen tauberes
Süßwasmädchen
per 1. Febr. gesucht. 1756
Pr. wais. nit. R 7, 0. IV.

Mietgesuche.
Geleitet Herr sucht sol. Mietsg. 2. und 3. Stock. Offerten mit. Nr. 17574 an die Exp. d. Bl.

Dienstag, den 4. Februar, abends 9 Uhr
findet in den Sälen des Ballhauses (Schloss) eine

Oeffentl. Versammlung

statt, in der die Herren Landtagsabgeordneten
Landgerichtsdirektor Dr. Rudolf Obkircher
und Stadtrat Karl Vogel
über
Die Aenderung des Beamten-gesetzes u. der Gehaltsordnung
sprechen werden.
Wir laden zu dieser Versammlung unsere Mitbürger hiermit
höflichst ein. 77030

Nationalliberale Partei. Deutsche Volkspartei.
Freisinnige Partei. Nationalsoziale Partei.

Sie werden springen

vor Beginn über das hübsche Geschenk, daß dem Beschenkten die Tempelurke „Idperte“ beige liegt. Jedes Paket enthält ein Verlage. Man acht auf den Namen „Goldperte“.
Fabrikant: Carl Genter, Gölplingen.

Zeitungs-Makulatur Dr. H. Haas'sche Buchdruckerei

Am Donnerstag, den 30. Januar verschied nach längerem Leiden unser langjähriger verdienter Mitarbeiter der Montageinspektor unseres Mannheimer Hauses, Herr

Wilhelm Schmidt.

Das Andenken an den Verstorbenen müssen wir stets in Ehren halten. 77006
Mannheim, München, Stuttgart, 31. Januar 1908.
Emhardt & Auer.

Ball-Fächer, Ball-Haarschmuck
Ball-Ketten, Ball-Taschen
empfiehlt zu äußerst billigen Preisen 77067
S. Kugelmann, Planken, E 1, 16.
Niederlage der Schildpattwaren-Fabrik von Jean Putzin & Sohn in Nürnberg.
Verkauf zu Original-Fabrikpreisen.

Zu vermieten
U 4, 28 St., 4 Zimmer,
Küche, Bad, Speise-kammer, Mani zu verm. Kbh. P 1, 6, 2. St. Pura. 87208
73 m. Bad u. erchl. Kuche. 21. in d. Nähe d. Markt. 17538
13 m. Bad u. 300 Bsp. 17. 1908.
23 m. Bad u. 300 Bsp. 17. 1908.
14. 43 m. Bad 2 St. in P. 1. 2. ab. 1.1. Badenhol. 17538
Kbh. bei W. Geiger, Agrar. Q 7, 2. 17572

Todes-Anzeige.
Heute Nacht 1/2 Uhr erschloß sanft nach schwerer Krankheit meine liebe Frau und unsere gute Mutter
Frau Marie Vorreyer
geb. Haacke.
Dieses zeigen tiefbetruht an
Friedrich Vorreyer und Kinder.
Mannhei., Hannover, den 31. Januar 1908.
Die Beisetzung findet No. tag nachmittag 4 Uhr, von der Leichenhalle aus statt. 17605

Möbl. Zimmer
10 1, 3, 2 Treppen
schön möbl. Zimmer an be-
stimmten Herrn zu verm. 17604
K 3, 7 m. wobl. Kuche
zu vermieten 17597
L 12, 16
1 in möbliertes Zimmer mit
oder ohne Behe zu verm. 17598
Q 5, 19 m. wobl. Kuche
zu verm. 17599
T 6, 17 m. wobl. Kuche
zu verm. 17598
U 1, 20 m. wobl. Kuche
zu verm. 17598
U 6, 13 m. wobl. Kuche
zu verm. 17598

Stellen suchen.
Frankfurt, welches 3 Jahre
selbst. Fräulein gelehrt hat, in
Stellung gleichw. Fräulein.
Offerten unter 17776 an die
Expeditio. d. Blattes.

Stellen suchen.
Frankfurt, welches 3 Jahre
selbst. Fräulein gelehrt hat, in
Stellung gleichw. Fräulein.
Offerten unter 17776 an die
Expeditio. d. Blattes.

